



**NachDenkSeiten**  
Die kritische Website

Albrecht Müller  
Jens Berger

# Nachdenken über Deutschland

Das kritische Jahrbuch  
2021 / 2022

WESTEND

Für alle, die sich  
noch eigene  
Gedanken machen

**WESTEND**



© Liesa Johannsen



© privat

**Albrecht Müller**, 1938 in Heidelberg geboren, ist Diplom-Volkswirt, Bestsellerautor und Publizist. Er ist Herausgeber der NachDenkSeiten. Müller leitete Willy Brandts Wahlkampf 1972 und die Planungsabteilung unter Brandt und Schmidt. Von 1987 bis 1994 war er für die SPD Mitglied des Deutschen Bundestages. Zu seinen veröffentlichten Büchern zählen »Mut zur Wende!«, »Die Reformlüge« sowie »Machtwahn«. Im Westend Verlag erschienen zuletzt »Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst« (2019) und »Die Revolution ist fällig« (2020).

**Jens Berger** ist Journalist und politischer Blogger der ersten Stunde und Redakteur der NachDenkSeiten. Er befasst sich mit und kommentiert sozial-, wirtschafts- und finanzpolitische Themen. Berger ist Autor mehrerer Sachbücher, etwa »Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen?« (2020) und der Spiegel-Bestseller »Wem gehört Deutschland?« (2014) sowie »Schwarzbuch Corona« (2021).

Albrecht Müller  
Jens Berger

# Nachdenken über Deutschland

Das kritische Jahrbuch  
2021/2022

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:  
[www.westendverlag.de](http://www.westendverlag.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-344-5

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2021

Umschlaggestaltung: Maximilian David, Westend Verlag GmbH

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

# Inhalt

<b>Wer sind und was wollen die NachDenkSeiten?</b>	7
<b>Politische Bredouillen: Wen wählen, wen zum Terroristen erklären, wo als nächstes einmarschieren?</b>	8
<b>Corona, Runde Zwei: Gewinner und Verlierer</b>	83
<b>Wirtschaft: Höhenflüge und freier Fall</b>	157
<b>Die Medien in der (Corona)Krise</b>	185
<b>Nachlese für Nachdenker</b>	230



## Wer sind und was wollen die NachDenkSeiten?

Achtzehn Jahre ist unser Projekt jetzt schon alt – und die Besucherzahlen steigen weiter. Über 150 000 Menschen sind es im Durchschnitt täglich, die unser Angebot wahrnehmen, mit uns gegen den Meinungs- und Medien-Mainstream zu schwimmen. Für viele Leser sind die NachDenkSeiten zu einer festen Konstanten geworden. Auf Facebook haben inzwischen über 100 000 Menschen die Nachdenkseiten abonniert. Diese große Zustimmung treibt uns weiter an. Mit unseren »Hinweisen des Tages« bieten wir einen Informationsservice, der auf interessante Links, Sendungen und Artikel verweist und diese auch kommentiert. Unser Kernstück, das »Kritische Tagebuch«, ordnet die Zeitläufe ein und versucht, aktuelle Themen aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten. Natürlich sind Meinungsmanipulationen unser »täglich Brot«. Zahlreiche Gastbeiträge und das Feedback unserer Leser ergänzen unser Angebot, dass wir ohne ökonomische Interessen betreiben. Danke dem Westend Verlag, der es wieder möglich gemacht hat, in einem Jahrbuch – es ist nun schon das fünfzehnte – die wichtigsten Artikel von Albrecht Müller und Jens Berger zusammenzustellen.



## Politische Bredouillen: Wen wählen, wen zum Terroristen erklären, wo als nächstes einmarschieren?

Am 3. November 2020 wurde Joe Biden zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt und am 20. Januar 2021, zwei Wochen, nachdem das Weiße Haus von wütenden Trump-Anhängern gestürmt worden war, vereidigt. Sein Amtsantritt läutete eine Wiederaufnahme der transatlantischen Ränkespiele und Einflussnahmen ein, die unter der »America First«-Ägide seines Vorgängers zeitweise ausgesetzt worden waren. Dennoch ziehen die Entscheidungen Trumps noch immer ihre Spuren durch die USA, wie nicht zuletzt der Abzug der US-Truppen aus Afghanistan zeigte, dessen Anfänge in dem im Februar 2020 abgeschlossenen Abkommen zwischen den Taliban und der Trump-Administration liegen, und der innerhalb weniger Tage zum absoluten Fiasko geriet. Mit dem Krieg in Afghanistan geht nach zwanzig Jahren eine blutige Auseinandersetzung zu Ende, die hunderttausende Menschen das Leben gekostet und letztlich kein einziges der von der damaligen Regierung unter George W. Bush formulierten Ziele umsetzen konnte. In Deutschland stehen währenddessen die Bundestagswahlen an und noch nie waren Umfragewerte so niedrig, waren die Kandidaten derart schlecht aufgestellt für die Erwartungen der Bevölkerungen.

# Gedanken zur US-Wahlnacht und zur Berichterstattung

Albrecht Müller am 4. November 2020

Seit Tagen schon werden wir auf die US-Präsidentenwahl eingestimmt. Die gestrigen Nachrichtensendungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, auch »Die Anstalt« des ZDF und Markus Lanz zum Beispiel waren voll vom Thema. Ungefähr ab Mitternacht wurde dann auf den öffentlich-rechtlichen Kanälen ARD, ZDF und Phoenix bis in den Morgen davon berichtet – mit vielen Berechnungen, Analysen und Interviews. Warum eigentlich so intensiv? Warum so viel? So ist das eben. Die Vasallen müssen wissen, was und wie beim Imperator gespielt wird. Es folgen ein paar Beobachtungen.

Vorher noch der Hinweis auf die neueste Entwicklung heute früh: Trump erklärt sich zum Sieger. Siehe Screenshot der ARD-Meldung.

Nun aber die Beobachtungen von heute Nacht. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Zuneigung notiere ich, was mir auffiel:

- 1. Warum berichten alle 3 Kanäle die ganze Nacht von einem Ereignis in einem anderen Land?** Es hätte doch gereicht, wenn einer der öffentlich-rechtlichen Sender berichtet hätte. Dass so unglaublich viel in die Berichterstattung und Kommentierung investiert wurde und wird, hängt 1. daran, dass unser Land von den USA und dem dortigen Präsidenten abhängig ist, und 2. vermutlich auch daran, dass die Medienmacher bei uns und viele aktive Politiker wie auch viele Wissenschaftler allesamt mit der dortigen Gesellschaft und den dortigen Milieus eng verbunden sind. Letzteres ist aber kein sachlicher Grund für diese extreme Aufmerksamkeit für die USA. – Übrigens haben ja nicht nur medienschaffende Personen ihre Zeit und Kraft eingesetzt und aus meiner Sicht vergeudet. Das gilt zum Beispiel auch für den deutschen Außenminister Heiko Maas und den Vorsitzenden des Auswärtigen

Ausschusses und CDU-Vorsitzenden-Kandidaten Norbert Röttgen. Sie saßen brav auf einem Sofa.

2. Es fiel auf, wie **einseitig die Berichterstattung und Kommentierung besetzt waren**. Die überwiegende Mehrheit bestand aus Anhängern von Biden.
3. **Entsprechend enttäuschte Gesichter gab es, als dann gegen Morgen sichtbar wurde, dass sich die Meinungsforscher wieder getäuscht hatten** und Trump alle Chancen hat, Präsident zu bleiben.

Wer etwas aufmerksamer die amerikanische Szene beobachtete und berücksichtigte, welchen Stimmungsumschwung die Wahlkampfstrategie und der Wahlkampfeinsatz von Kandidaten auch in der Schlussphase erzielen kann, konnte wissen, dass das einvernehmlich gezeichnete Stimmungsbild keinesfalls verlässlich war. Willy Wimmer hat mich vor einigen Tagen schon darauf hingewiesen, dass einer seiner kundigen Gewährsleute in den USA den Sieg des bisherigen Präsidenten vorhersagt. Meine eigene Wahlkampf Erfahrung deutet auch darauf hin, dass ein Stimmungsumschwung auch in der Schlussphase noch erreicht werden kann. – In der Berichterstattung konnte man dann übrigens beiläufig erfahren, dass der demokratische Kandidat Biden nicht mehr mit vollem Einsatz persönlich auftrat, weil er zu wenig zog.

4. In diesem Zusammenhang kam auch ein bisschen Kritik an dem demokratischen Kandidaten auf. **Ansonsten war die gesamte Medienwelt fast ausnahmslos auf des demokratischen Kandidaten Seite**. Zur Unterfütterung dieser eigenen Position wurde dann auch mehrmals berichtet, dass das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit hinter Joe Biden steht.
5. Damit wurde sichtbar, dass die Meinung über eine Sache oder über eine Person wesentlich von dem beeinflusst wird,

was die Medien berichten. Die Medien haben mehrheitlich eben nicht von den Machenschaften und der politischen Korruption des Kandidaten Biden und seiner Familie berichtet. Das blieb meist unter dem Teppich.

6. Die Sympathie für den Kandidaten der Demokraten führte dann auch noch zur Fehleinschätzung, dass dieser generell bei den **Briefwahlen** viel bessere Ergebnisse erzielen würde als Trump. In der Nacht musste man dann nach Auszählung der Briefwahlstimmen in Florida ernüchtert feststellen, dass auch diese Einschätzung nicht stimmte.
7. **Sind die USA (noch) eine Demokratie?** Diese Frage wurde immerhin offen gestellt und gelegentlich mit einem Nein beantwortet. Es fing schon in der ZDF-Sendung »Die Anstalt« am gestrigen späten Abend an. Da wurde beispielsweise davon berichtet, wie schon bei der Zuschneidung der Wahlkreise manipuliert werden kann. Bei Markus Lanz meinte die Kommunikationsforscherin Professor Andrea Römmele, die USA seien keine Demokratie mehr. Leider wurde dieser Einwurf dort nicht weiterverfolgt. Immerhin konnte man in dieser Runde lernen, wie viele deutsche Medienmacher und Politiker – einschließlich des SPD-Linken Stegner – in den USA politisch sozialisiert worden sind. Das ist ein durchgängiges Phänomen, das für die Politik unseres Landes und seine Unabhängigkeit, genauer ausgedrückt: Abhängigkeit, eine große Bedeutung hat.

Auch dem als US-Einflussperson bekannten Journalisten Georg Mascolo kamen im Laufe der Nacht am Morgen um 7:50 Uhr und angesichts des aus seiner Sicht drohenden Wahlsiegs des jetzigen Präsidenten Zweifel, ob ein Wahlsystem, bei dem wie in den USA nun schon dreimal hintereinander jener Kandidat als Sieger der Wahl hervorging, der weniger Stimmen hatte als seine Gegnerin bzw. sein Gegner, noch als demokratisch betrachtet werden kann. Immerhin!

8. **Ein ARD-Interview mit Jean-Claude Juncker**, gesendet um 5:25 Uhr am 4. November (leider in der ARD-Mediathek nicht auffindbar), war ausgesprochen bemerkenswert, nicht nur weil Juncker ganz nüchtern war. Er berichtete von seinen Begegnungen mit Donald Trump und dessen aggressiv zu nennender Sicht auf Europa. Er wies auf die besonderen Beziehungen zum britischen Premier Johnson und zum ungarischen Ministerpräsidenten Orbán hin. Diese Sonderbeziehungen und auch Trumps Votum für den Brexit seien bemerkenswert.
9. Bemerkenswert war auch ein Gespräch, das Bettina Schauenstein vom ZDF kurz nach 5:00 Uhr führte. **Bemerkenswert war schon die Personenauswahl: die Noch-Vorsitzende der Linkspartei Katja Kipping, Beatrix Amelie Ehrengard Eilika von Storch, geborene Herzogin von Oldenburg, von der AfD und von den Grünen Cem Özdemir** – bekannt als großer und unerschütterlicher Freund der USA. Frau von Storch verlangte eine offene Debatte über den jetzigen Präsidenten der USA, sie kritisierte, dass die Medien ein falsches Bild vom amtierenden Präsidenten abbilden, sie schlug Donald Trump wegen seiner Israel- und Nahostpolitik zum Nobelpreis vor. Cem Özdemir kam angesichts der drohenden Fortsetzung der Präsidentschaft durch Trump auf die glorreiche Idee, wir sollten künftig statt der Zusammenarbeit mit diesem Präsidenten verstärkt die Zusammenarbeit mit den einzelnen Staaten suchen. Insgesamt eine ausgesprochen dürftige Diskussion.
10. Immerhin konnte man bei Betrachtungen über die Personalpolitik des jetzigen Präsidenten Trump in Bezug auf **die obersten Gerichte** lernen, dass Trump und die Republikaner die Mehrheitsverhältnisse bei den obersten Gerichten geplant und systematisch umgedreht haben bzw. ihr Gewicht verstärkt haben. Das sei eine bedrohliche Politisierung der Justiz.

11. In der langen Nacht kam auch zur Sprache, was des Öfteren im Wahlkampf schon sichtbar geworden war: Trump und seine Republikaner führten auch einen **Wahlkampf gegen Sozialismus und Kommunismus**. Diese Absurdität zeigt schlaglichtartig, auf welchem unrealistischen Niveau die Wahl-Auseinandersetzung in den USA gelaufen ist: abstruse Vorwürfe, Schweigen über den wahren Charakter des alternativen Kandidaten, Drohungen, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen und die Straße zu mobilisieren. Alles so abstrus, dass man wirklich damit aufhören sollte, von einer Demokratie zu sprechen, wenn man von den USA spricht.
12. **In mehreren Runden und Einlassungen war die Frage aufgeworfen worden, was die Fortsetzung mit Trump und was die Alternative Biden für uns hierzulande und für Europa bedeutet.** Die Antwort belegt die einseitige Auswahl der Gesprächspartner und Medienvertreter: In jedem Fall würden wir uns auf die eigene außenpolitische und militärische Stärke besinnen müssen bzw. diese ausbauen müssen. Die Idee, dass wir dann endlich dazu übergehen könnten, auf dem Kontinent die Zusammenarbeit mit Russland wieder aufzunehmen statt auf Konfrontation zu gehen, wurde nicht geäußert. Das kennzeichnet den Zustand des außen- und sicherheitspolitischen Denkens der meinungsführenden Politiker und Medien. Alles keine guten Aussichten. So oder so nicht.

# Militärische Konfrontation statt friedlichen Zusammenlebens. Abschreckung statt Abrüstung

Albrecht Müller am 9. November 2020

Ist Ihnen aufgefallen, wie gleichlautend und offensichtlich systematisch geplant und gesteuert die Berichterstattung zur US-Präsidentenwahl genutzt worden ist, um uns auf vielen Kanälen eine Botschaft »einzutrichern«, die mit der Wahl und dem Wahlergebnis nicht unmittelbar etwas zu tun hat: Deutschland und Europa müsse sich um seine eigene Sicherheit kümmern, deshalb aufrüsten, um die »Abschreckung« sicherstellen. Das Wort Abschreckung, dieses Unwort des Kalten Krieges aus den fünfziger und sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts, wird neu belebt. Die Bedeutung der Vertrags- und Friedenspolitik – 1960-1990 – wird damit aus der Geschichte entsorgt. Die Berichterstattung zur US-Wahl wird genutzt, um diese völlig veränderte Politik in die Hirne und Herzen der Mehrheit zu trimmen. Nur wenige Menschen scheinen zu begreifen, welche fundamentale und gefährliche Veränderung der Politik hier betrieben wird.

Hier sind die Belege

## 1. Beleg für die Sprachregelung: Auszug aus dem neuen »Spiegel« Seite 13:

Der »Spiegel« zitiert wohlwollend die verteidigungspolitische Beraterin von Biden, Michele Flournoy, und meint, sie würde darauf drängen, dass »Washington wieder entschlossener gegenüber Russland und China auftritt und mehr Geld in Abschreckung steckt«. Der »Spiegel« weist auch darauf hin, diese möglicherweise kommende Verteidigungsministerin im Kabinett Biden habe ungehalten auf den Vorstoß des SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich reagiert, als dieser die Beteiligung Deutschlands an der sogenannten nuklearen Teilhabe infrage stellte. – Hier wird also auf voller



Chris Sormach/Anadolu / Getty Images



Wolke / AFP

Deutschland, und das ist ein Problem für Europa und schlecht für die USA.«

Auch eine Biden-Präsidentschaft wäre nicht gemächlich für Deutschland, so viel scheint jetzt schon klar. Sollte er ins Weiße Haus einziehen, dann würde er – anders als Trump – keinen Zweifel daran lassen, dass er zur Nato steht. Aber er würde es nicht dulden, dass die Partner in Europa sich einen schlanken Fuß machen. Seine Beraterin Michèle Flournoy hat äußerst ungehalten darauf reagiert, als SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich verlangte, dass die Bundesrepublik aus der sogenannten nuklearen Teilhabe aussteigt, die im Ernstfall auch bedeuten würde, dass deutsche Kampfjets US-Atombomben über Feindesgebiet abwerfen.

Das Wort von Flournoy, der ehemaligen Staatssekretärin im Pentagon, hat durchaus Gewicht. Die 59-Jährige könnte, falls die Demokraten gewinnen, die erste Verteidigungsministerin in der Geschichte der USA werden. Flournoy würde wohl vor allem darauf drängen, dass Washington wieder entschlossener gegenüber Russland und China auftritt und mehr Geld in Abschreckung steckt. Sie hat wenig Verständnis dafür, dass die Deutschen immer noch nicht zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung ausgeben, und sie wird darauf genauso beharren wie Trump. »Das ist ein Ziel, auf das wir uns alle verständigt haben«, sagte Flournoy dem SPIEGEL, »und dabei sollte es auch bleiben.«

Auch beim Thema Nord Stream 2 sollte die Bundesregierung nicht auf die Milde

Breite schon Stimmung gemacht gegen die wenigen Versuche deutscher Politiker, die erfolgreiche Entspannungs- und Friedenspolitik wiederzubeleben. – Man muss es ihnen lassen: Die Agitatoren der Aufrüstung, die Einflusspersonen der Rüstungswirtschaft arbeiten umfassend und konsequent.

## 2. Beleg: Der Kommentar von Peter Frey in der Heute-Sendung vom 7.11.2020 um 19:00 Uhr.

Der Kommentar, in dem der Chefredakteur des ZDF den Begriff Abschreckung und den gleichen Gedanken wie seine